



Vergabe-Nr. 2026-2 GeoForum im Neubau Geowissenschaften der LMU München

Bewerbungsbedingungen

Teil I. Allgemeine Vorgaben

1. Zweck dieser Bewerbungsbedingungen

- 1.1 Diese Bewerbungsbedingungen gelten für die Erstellung und Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten in dem oben genannten Vergabeverfahren.
- 1.2 Die Angaben im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren dürfen nur zur Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote genutzt werden. Jede Verwendung für andere Zwecke ist untersagt. Der Inhalt der Vergabeunterlagen ist vertraulich zu behandeln; Bewerber und Bieter haben – auch nach Beendigung der Angebotsphase – über die ihnen während des Vergabeverfahrens bekannt gewordenen geschäftlichen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren. Sie haben hierzu auch die mit der Erstellung der Teilnahmeanträge und Angebote beschäftigten Mitarbeiter sowie einbezogene Nachunternehmer zu verpflichten.

2. Verfahrensart – Stufenvertrag

Die Ausschreibung erfolgt als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß der Vergabeverordnung (VgV).

Gegenstand des Verfahrens ist ein Gestaltungsvertrag, der stufenweise beauftragt wird. Der Auftraggeber weist daraufhin, dass die Finanzierung für die Beauftragung der Stufen C und D (Leistungsphasen 4 bis 7) noch nicht gesichert ist.

3. Kommunikation

Die Kommunikation mit dem Auftraggeber erfolgt in erster Linie über das Deutsche Vergabeportal (www.dtv.de). Fragen zum Vergabeverfahren sind in erster Linie über das Portal zu stellen.

Alle Bieter sind verpflichtet, sich frühzeitig bei der Vergabeplattform zu registrieren bzw. regelmäßig zu kontrollieren, ob Mitteilungen über die Vergabeplattform erfolgt sind. Erklärungen des Auftraggebers gelten als bei den Bietern zugegangen, wenn sie bei der Vergabeplattform bereitgestellt und die Bieter über die Bereitstellung informiert wurden.

Fragen zu den Vergabeunterlagen sind bis acht Tage vor Ablauf der Teilnahme bzw. der Angebotsfrist zu stellen. Rechtzeitig eingehende Fragen werden in anonymisierter Form in einem Fragenkatalog über die Vergabeplattform beantwortet.

Durch Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen oder durch sonstige Hinweise des Auftraggebers während des Verfahrens können die Vergabeunterlagen konkretisiert oder geändert werden. Diese Konkretisierungen oder Änderungen sind auch dann wirksam, wenn die Vergabeunterlagen nicht entsprechend angepasst werden oder der Bieter die Nachrichten des Auftraggebers nicht gelesen hat. Ausreichend ist es, wenn der Auftraggeber die Nachricht vor Ablauf der Angebotsfrist beim Vergabeportal bereitgestellt hat und der Bieter über die Bereitstellung informiert wurde.

4. Unklarheiten, Widersprüche oder Fehler der Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, Widersprüche oder Fehler, hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich in Textform darauf hinzuweisen.

5. Allgemeine Formvorgaben für die Teilnahmeanträge und Angebote

- 5.1 Teilnahmeanträge und Angebote sind elektronisch über die entsprechende Funktion bei der Vergabeplattform einzureichen. Eine Abgabe der Teilnahmeanträge oder Angebote per Post, Fax, Mail oder über die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform ist nicht zulässig.
- 5.2 Verspätet eingegangene Teilnahmeanträge oder Angebote werden von der Wertung ausgeschlossen, es sei denn, die Verspätung ist durch Umstände verursacht worden, die nicht von dem Bewerber oder Bieter zu vertreten sind.

Sollten technische Schwierigkeiten bei der Einstellung der Teilnahmeanträge oder Angebote auf der Vergabeplattform vorliegen, ist neben dem technischen Support der Plattform auch der Auftraggeber zu informieren.

- 5.3 Teilnahmeanträge und Angebote sind auf Basis der bereitgestellten Vordrucke zu erstellen. Sie müssen alle geforderten Angaben und Erklärungen enthalten. Unvollständige oder fehlerhafte Teilnahmeanträge oder Angebote können von der Wertung ausgeschlossen werden.
- 5.4 An den vorgegebenen Texten in den Vergabeunterlagen dürfen keine Zusätze angebracht oder Änderungen vorgenommen werden. Soweit Erläuterungen zur besseren Beurteilung der Teilnahmeanträge oder Angebote erforderlich erscheinen, können sie in einer besonderen Anlage beigefügt werden. Die Erläuterungen dürfen jedoch nicht zu einer Änderung der in den Vergabeunterlagen festgelegten Bedingungen führen.
- 5.5 Berichtigungen und Änderungen von Teilnahmeanträgen und Angeboten sind bis zum Ablauf der Teilnahmefrist bzw. der Angebotsfrist zulässig und unterliegen denselben Formerfordernissen wie der Teilnahmeantrag bzw. das Angebot.

6. Bewerbergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften sind zugelassen. Der Begriff der Bewerbergemeinschaft erfasst den Zusammenschluss mehrerer selbstständiger Unternehmen, die gemeinsam das Ziel verfolgen, den Auftrag zu erhalten und nach erfolgreichem Vertragsabschluss als Arbeitsgemeinschaft durchzuführen.

Bei einer Bewerbergemeinschaft ist der Teilnahmeantrag von der Bewerbergemeinschaft und zusätzlich von jedem einzelnen Mitglied der Bewerbergemeinschaft auszufüllen und gemeinsam einzureichen.

7. Unterauftragnehmer

Will ein Bieter Unterauftragnehmer einsetzen, dann hat er Art und Umfang des Unterauftragnehmereinsatzes in seinem Teilnahmeantrag zu bezeichnen.

Vor Zuschlagserteilung kann der Auftraggeber von den Bietern, deren Angebote in die engere Wahl kommen, verlangen, die Unterauftragnehmer zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen. Außerdem kann der Auftraggeber verlangen, dass Bieter innerhalb von sechs Tagen eine Erklärung des Unterauftragnehmers zum Fehlen von Ausschlussgründen nach §§ 123 und 124 GWB vorlegen.

8. Eignungsleihe

Beruft sich der Bewerber für die wirtschaftliche und finanzielle und/oder die technische und berufliche Leistungsfähigkeit auf die Kapazitäten anderer Unternehmen, um die Anforderungen an die Eignung zu erfüllen (Eignungsleihe), hat der Bewerber diese anderen Unternehmen im Teilnahmeantrag konkret zu benennen. Mit dem Teilnahmeantrag ist eine Erklärung zum Fehlen von Ausschlussgründen und eine Verpflichtungserklärung der benannten Firmen abzugeben (siehe Teilnahmeantrag Ziffer V). Nimmt der Bewerber die Kapazitäten des anderen Unternehmens in Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, dann muss das andere Unternehmen für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gemeinsam mit dem Bewerber haften.

9. Sprache

Teilnahmeanträge und Angebote sowie sämtliche beizubringenden Erklärungen und die weitere Korrespondenz sind in deutscher Sprache abzufassen. Einem Schriftstück, das in einer fremden Sprache eingereicht wird, ist eine Übersetzung beizufügen. Bei Widersprüchen zwischen den Dokumenten ist die deutsche Übersetzung maßgeblich.

10. Veröffentlichung der Wettbewerbsergebnisse, Nutzungsrechte

Die Rechte an den eingereichten Teilaufgaben verbleiben bei den Bietenden. Mit der Teilnahme an diesem Verfahren erklären die Bietenden ihr Einverständnis, dass die Teilaufgaben im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des GeoForums, der SNSB und LMU über diesen Wettbewerb unter namentlicher Nennung der jeweiligen Bietenden kommuniziert wird und in diesem Zusammenhang auch die Arbeitsergebnisse in den Medien, der Presse oder im Internet veröffentlicht werden.

11. Datenschutz

Die Datenerhebung und Datenverarbeitung im Zusammenhang mit diesem Wettbewerbsverfahren erfolgen ausschließlich für den Zweck der Durchführung dieses Verfahrens. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nicht statt. Für die Öffentlichkeitsarbeit des GeoForums werden die Wettbewerbsergebnisse unter Nennung des einreichenden Unternehmens ggf. veröffentlicht (s.o.). Alle erhobenen Daten werden nach vollständigem Abschluss des Verfahrens gelöscht, insoweit nicht gesetzliche Aufbewahrungsfristen eine längere Speicherdauer vorschreiben.

Teil II. Teilnahmewettbewerb

1. Besondere Form- und Fristvorgaben für den Teilnahmeantrag

1.1 Im Teilnahmewettbewerb ist nur der Teilnahmeantrag mit den dort genannten Anlagen einzureichen.

1.2 Der Teilnahmeantrag muss bis zum
30.06.2026, 9:00 Uhr
beim Auftraggeber eingegangen sein.

2. Prüfung und Wertung der Teilnahmeanträge

2.1 Der Auftraggeber prüft zunächst, ob der Teilnahmeantrag formell ordnungsgemäß eingereicht wurde.

2.2 Anschließend prüft der Auftraggeber, ob der Bewerber grundsätzlich geeignet ist. Sämtliche Eignungskriterien und Eignungsnachweise ergeben sich aus der Bekanntmachung und entsprechend aus dem Teilnahmeantrag.

2.3 Teilnahmeanträge der Bewerber, die als geeignet bewertet wurden, werden anhand der in der Bekanntmachung genannten Bewertungskriterien in eine Rangfolge gesetzt.

Die Bewertung erfolgt gemäß des Wertungsschemas in der Wertungsmatrix "Eignung".

Der Auftraggeber wird mindestens drei und maximal fünf der am besten geeigneten Bewerber zur Teilnahme am weiteren Vergabeverfahren einladen. Nur die Bewerber, die eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots erhalten, können ein Angebot abgeben.

Haben mehrere Bewerber die gleiche Punktzahl und käme es bei Zulassung dieser Bewerber zu einer Überschreitung der geplanten Höchstzahl, dann kann die Auswahl unter den gleichplatzierten Bewerbern durch Los erfolgen.

2.4 Die Aufforderung zur Angebotsabgabe erfolgt bis zum
20.07.2026.

Nicht berücksichtigte Bewerber werden benachrichtigt.

2.5 Der Auftraggeber behält sich vor, Bewerber nachträglich zur Angebotsabgabe aufzufordern (Nachnominierung), sofern nach ergangener Angebotsaufforderung ein Unternehmen nachträglich aufgrund fehlender Eignung oder eines

Ausschlussgrundes nach §§ 123, 124 GWB vom weiteren Verfahren ausgeschlossen worden ist oder es erklärt, dass es kein Angebot abgeben und sich an dem Vergabeverfahren nicht mehr beteiligen werde. Nachnominiert werden können ausschließlich geeignete Unternehmen, die einen Teilnahmeantrag innerhalb der Teilnahmefrist eingereicht haben und bei denen kein Ausschlussgrund nach §§ 123, 124 GWB oder ein anderer gesetzlich zulässiger Ausschlussgrund besteht. Ein Anspruch auf eine Nachnominierung besteht nicht.

III. Angebotsphase

Die folgenden Bewerbungsbedingungen sind nur für die Unternehmen relevant, die vom Auftraggeber zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden.

1. Inhalt des Angebots

- 1.1 Die Angebote müssen verbindlich sein und alle geforderten Erklärungen und Preise enthalten.
- 1.2 Für das Angebot muss der vom Auftraggeber vorgegebene Angebotsvordruck verwendet werden.
- 1.3 Dem Angebot ist ein Konzept mit folgendem Inhalt beizufügen:
 - Die Erarbeitung und Darstellung zweier Ideenskizzen für ausgewählte Teil-Aspekte der Aufgabenstellung (siehe Ziffer 2. unten) auf **insgesamt max. 10 DIN A3-Seiten im PDF-Format**. Die Darstellung der Ideenskizzen kann in freier Form erfolgen – z.B. durch Text, Skizzen, Visualisierungen, Moodboards etc.
 - Darstellung zum Projektteam, zur Projektleitung und zum Szenografen mit allen gemäß Wertungsmatrix-Stufe 2 erforderlichen Angaben
 - Eine grob aufgeschlüsselte Kostenschätzung für die Umsetzung der Ausstellung, gegliedert nach den wesentlichen Gewerken (z.B. Ausbau, Licht, Grafik, Medien, Objekte).
 - Zeitplan für Planung und Umsetzung

Dem Angebot ist außerdem die ausgefüllte Angebotskalkulation beizufügen.

Bitte beachten Sie, dass der Angebotspreis für die Leistungsphasen 1 bis 7 einschließlich besonderen Leistungen und Nebenkosten einen Betrag von 610.000,00 € netto nicht überschreiten darf (Maximalpreis). Ein Angebot, das diesen Maximalpreis überschreitet, wird nicht berücksichtigt.

- 1.4 Allgemeine Geschäfts-, Zahlungs- oder Lieferbedingungen des Bieters dürfen nicht verwendet werden.
- 1.5 Sofern für den Gegenstand des Angebots gewerbliche Schutzrechte bestehen oder von dem Bieter oder anderen beantragt sind, hat der Bieter dies in seinem Angebot anzugeben. Der Bieter hat stets anzugeben, wenn er erwägt, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten.
- 1.6 Nebenangebote sind nicht zugelassen.

2. Nähere Angaben zu den Ideenskizzen

Von den Bietern sind zwei Ideenskizzen zu zwei einzelnen Aspekten des Vorhabens zu erarbeiten. Die Ideenskizze kann in Form von beschreibendem Text, Skizzen, Visualisierungen aber auch Moodbildern u.ä. in freiem Ermessen der Bietenden umgesetzt werden.

Inhaltlich ergänzende Informationen zu den zwei Teilaufgaben bietet auch das Dokument 03_GeoForum-Grobkonzept.pdf.

1. Teilaufgabe: Das Foyer – Einstieg in die Welt der Geowissenschaften

Das Foyer empfängt die Besucherinnen und Besucher des GeoForums als großzügiger, offener Raum. Es ist nicht nur zentraler Verteiler und Aufenthaltsbereich, sondern zugleich der erste Kontaktpunkt mit den Themen und der Atmosphäre des Hauses. Als ganztägig zugängliche Ausstellungsfläche fungiert es unabhängig von den Öffnungszeiten der Dauerausstellung – und bildet so einen wichtigen Teil des Gesamtauftritts.

Für die Angebotsabgabe werden die ausgewählten Bietenden gebeten, eine gestalterische Konzeptskizze für das Foyer zu entwickeln – aufbauend auf dem Grobkonzept (vgl. Dokument 03_GeoForum-Grobkonzept.pdf: Dinosaurierinstallation, Erdhalbkugel, Timeline). Funktionale Anforderungen wie Durchgangssituation, Fluchtwege, Vandalismusgefahr und Aufenthaltsqualität sind dabei zu berücksichtigen.

Gesucht wird ein schlüssiges Gesamtkonzept, das:

- einen klaren gestalterischen roten Faden erkennen lässt,
- Besuchende orientiert und emotional anspricht,
- thematisch auf die Dauerausstellung verweist und

- das Foyer als einladenden Auftakt des GeoForums inszeniert.

Auch alternative, über das Grobkonzept hinausgehende Vorschläge – etwa zur inhaltlichen Setzung, räumlichen Anordnung oder Interaktion – sind ausdrücklich willkommen. Denkbar ist zudem, den Außenraum mit einem wetterfesten Objekt oder künstlerischen Impuls einzubeziehen.

Bewertet wird, wie stark das Konzept die besondere Rolle des Foyers als „erster Eindruck“ und Ausstellungsprolog nutzt, Teilbereiche gestalterisch und inhaltlich verbindet und geowissenschaftliche Themen zeitgemäß und begeisternd vermittelt.

2. Teilaufgabe: Konkretes Beispiel aus dem GeoSystem „Mensch im System Erde“

Wir Menschen sind Teil des Systems Erde und beispielsweise abhängig von sauberem Trinkwasser, fruchtbaren Böden und Rohstoffen, einer Ozonschicht, aber auch dem Erdmagnetfeld als Schutz gegen elektromagnetische Strahlung.

Insbesondere seit der industriellen Revolution ist unser Bedarf an mineralischen Rohstoffen und Energie enorm gestiegen. Dadurch beeinflussen wir mittlerweile das System Erde maßgeblich: Die Freisetzung gewaltiger Mengen an Treibhausgasen führt zur globalen Erwärmung der Erde, Flächenversiegelung trägt zu Überschwemmungen bei, der Eintrag von Dünger, Giftstoffen und Mikroplastik gefährdet uns und viele Arten, verstärkte Erosion führt zum Verlust fruchtbaren Bodens.

Menschen sind in der Lage, diese Abhängigkeiten und Wechselwirkungen des Systems Erde zu erkennen und zu erforschen. Hierzu nutzen wir vielfältige und komplexe naturwissenschaftliche Methoden, die Geoarchive der Gesteine und historisch gewachsene Sammlungen.

Geowissenschaftliche Forschung hilft, Naturgefahren zu begegnen, erschließt Rohstoffe sowie Energiequellen und Energiespeicher. Recycling und sichere Deponierung spielen eine zunehmend wichtige Rolle. Geowissenschaftliche Forschung ist daher auch Teil der Lösung aktueller, menschengemachter Probleme.

Im Rahmen dieses allgemeinen Kontexts soll eine Inszenierung zum Thema „Konfliktträchtige Rohstoffe“ (B 4.1.2) konkretisiert werden. Zu diesen gehören unter anderem die Seltenen Erden, die in unserem Alltag eine immer wichtigere Rolle einnehmen. Sie werden für Handys, Laptops, Fernsehgeräte, Militärtechnologie, jede Form von Ökostrom und vielem mehr benötigt. Ohne sie

wird eine Energiewende nicht gelingen. Derzeit ist China Exportland Nr. 1 und hat dadurch eine enorme geopolitische Macht. Hinzu kommt noch, dass beim Abbau chinesischer Vorkommen auf Naturschutz und Umweltauflagen wenig Wert gelegt wird.

Die für die Angebotsabgabe ausgewählten Bietenden werden gebeten, eine Inszenierung zum Thema „Konfliktträchtige Rohstoffe“ zu erarbeiten, die darstellt, wie diese komplexen Inhalte auf interessante und interaktive Weise dargestellt werden können, wie sie die Besuchenden in ihrem Alltag abholen, zum Nachdenken anregen, zum Mitmachen ermutigen und zur Diskussion einladen wollen.

Bewertet wird bei dieser Teilaufgabe, wie es gelingt, diesen Konflikt zwischen Abhängigkeit von diesen Rohstoffen und die negativen Folgen der Ausbeutung der Natur aufzuzeigen, ohne den pädagogischen Zeigefinger dabei zu heben. Auch sollte das Konzept Ansätze aufzeigen, wie Besuchende an diesem Thema partizipieren können und diese Teilhabe in die Ausstellung mit einfließen kann.

3. Öffnung der Angebote

Die Öffnung der Angebote findet unverzüglich nach Ablauf der Angebotsfrist statt. Zur Öffnung der Angebote sind Bieter nicht zugelassen.

4. Präsentation

Der Auftraggeber wird sämtliche Bieter, die ein formal zulässiges Angebot abgegeben haben, zu einem Präsentationstermin in München einladen.

Die Präsentationen werden am Freitag, 16.10.2026 stattfinden. Es wird erwartet, dass der Projektleiter bei der Präsentation anwesend ist.

Die Präsentation sollte mit einer kurzen Vorstellung des Büros beginnen, um einen Eindruck von der Arbeitsweise zu bekommen. Anschließend sollen zunächst die Wettbewerbsaufgaben und dann die Projektorganisation inkl. Zeitplan und Kostenschätzung dargestellt werden. Für die Dauer der Präsentationen sind jeweils eine halbe Stunde plus Fragen vorgesehen.

Mit Einladung zu der Präsentation ergehen genauere Informationen zum Ablauf und zu der Besetzung der Jury. An der Präsentation können neben der Jury auch (nicht stimmberechtigte) Gäste teilnehmen.

Nimmt der Bieter an der Präsentation nicht teil, kann eine Wertung des Angebots nicht erfolgen und der Bieter ist vom weiteren Auswahlverfahren auszuschließen.

Nach Durchführung der Präsentation finden eventuell Verhandlungen statt. Ggf. fordert der Auftraggeber die Bieter im Anschluss an die Verhandlungen zur

Abgabe eines finalen Angebots auf. Die weiteren Details für das finale Angebot ergeben sich dann aus dem Aufforderungsschreiben.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen, ohne in Verhandlungen einzutreten.

5. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag erfolgt auf das wirtschaftlichste Angebot in Bezug auf die folgenden Kriterien:

5.1 Ausschlusskriterium

Der benannte Projektleiter hat mind. 3 Jahre Berufserfahrung in der Projektleitung bei vergleichbaren Projekten.

Angebote, die dieses Kriterium nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

5.2 Bewertungskriterien:

Die Bewertungskriterien werden wie folgt festgelegt:

Preis: 30 %

Qualität: 70 %

Bei der Bewertung des Preises wird der Wertungspreis (netto) gemäß Angebotskalkulation berücksichtigt.

Der Bieter mit dem niedrigsten Angebotspreis erhält 30 Punkte. Die nachfolgenden Preise werden auf der Basis folgender Berechnungsformel mit Punkten bewertet. Die Berechnung erfolgt bis auf 2 Nach-Komma-Stellen. Negative Ergebnisse werden mit 0 Punkten gewertet.

Formel:

$$Punkte = \left(2 - \frac{Preis}{min.Preis}\right) \times 30$$

Die Bewertung der Qualität und die Unterkriterien ergeben sich aus der Wertungsmatrix 2.

Zum Schluss werden die erzielten Punkte der Preisbewertung und der Qualitätsbewertung addiert.

6. Aufwandsentschädigung – Kosten

Der Auftraggeber zahlt an die Bieter, die ein formal zulässiges Angebot abgegeben und an der Präsentation teilgenommen haben, jedoch nicht den

Zuschlag erhalten, eine Aufwandsentschädigung für die Erarbeitung der beiden Teilaufgaben sowie zur Kompensation des sonstigen Aufwandes (Reisekosten, Präsentation in München) in Höhe von 7.000,00 € netto zzgl. USt.

7. Bekanntmachungen über vergebene Aufträge

Mit der Abgabe eines Angebots erklären sich die Bieter damit einverstanden, dass im Falle der Zuschlagserteilung auf ihr Angebot ihr Name und der zu zahlende Angebotspreis bekannt gegeben werden.

8. Optionen nach § 132 GWB

Für den Fall, dass der Ausschreibungsgewinner vor vollständiger Leistungserbringung wegen Kündigung, Insolvenz oder aus einem anderen Grunde endgültig ausfällt, behält sich der Auftraggeber vor, die verbleibenden Arbeiten den übrigen Bietern in der Reihenfolge des Ausschreibungsergebnisses anzutragen.

9. Übersicht über die einzureichenden Unterlagen

Mit dem Teilnahmeantrag sind folgende Unterlagen einzureichen:

- Darstellung der Referenzen in Text und Bild auf maximal drei DIN A4-Seiten je Projekt, die in einer PDF mit max. 10 MB zusammengefasst werden.

Anlage

Hinweise zur Datenverarbeitung

Information wegen der Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 vom 27. April 2016 – Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Der Auftraggeber erhebt Daten von Ihnen im Zusammenhang mit dem vorliegenden Vergabeverfahren. Mit diesen Datenschutzhinweisen möchten wir Sie gemäß Art. 13 und 14 DSGVO über die Erhebung Ihrer Daten informieren.

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten Verantwortlichen (Vergabestelle)

Staatliche Naturwissenschaftliche Sammlungen Bayerns
Menzinger Straße 71, 80638 München
Tel. 089 17999 240

2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

datenschutz@snsb.de

3. Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten

3.1. Zweck der Verarbeitung

Durchführung eines Vergabeverfahrens

3.2. Rechtsgrundlage

Art. 6 Abs. 1 lit. c) i.V.m. Art. 6 Abs. 3 DSGVO und §§ 97 Abs. 1 S. 1, 122 GWB

4. Empfänger von personenbezogenen Daten

Sämtliche Daten können auch von dem Auftraggeber dieses Vergabeverfahrens eingesehen werden. Außerdem werden Daten von dem Anbieter der Vergabeplattform erfasst.

Ansonsten werden Ihre personenbezogenen Daten nur an Dritte weitergegeben, soweit dies für die Durchführung des Vergabeverfahrens erforderlich ist. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe der Informationen gemäß § 134 GWB und 62 VgV an alle Bieter und Bewerber des Vergabeverfahrens, die Veröffentlichung der Vergabebekanntmachung gemäß § 39 VgV sowie die Weitergabe von Daten an Vergabekammern und Gerichte in einem Nachprüfungsverfahren.

5. Kriterien für die Festlegung der Dauer der Speicherung personenbezogener Daten:

Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind die vergaberechtlichen Aufbewahrungsfristen (§§ 8 Abs. 4 VgV,) bzw. die gesetzlichen Aufbewahrungspflichten für Anwälte für die Dauer von sechs Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde.

6. Rechte der betroffenen Personen:

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von der Vergabestelle verarbeiteten personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO).

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die den Bewerber/Bieter betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sind. Unvollständige Daten können vervollständigt werden (Art. 16 DSGVO).

Recht auf Löschung

Es besteht grundsätzlich ein Recht auf Löschung der personenbezogenen Daten. Der Anspruch hängt jedoch u. a. davon ab, ob die Daten zur Erfüllung der Aufgaben noch benötigt werden (s.a. Dauer der Speicherung (Art. 17 DSGVO).

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Es besteht ein Recht, eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu verlangen (Art. 18 DSGVO).

Recht auf Widerspruch

Es besteht das Recht, aus Gründen, die sich aus der besonderen Situation des Bewerbers/Bieters ergeben, der Verarbeitung der diesen betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht (Art. 21 DSGVO).

7. Beschwerderecht bei der Datenschutzaufsichtsbehörde:

Sie haben außerdem das Recht, sich gemäß Art. 77 DSGVO bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. Sie können sich hierfür an den Datenschutzbeauftragten der SNSB, Herrn Jörg Hermann, E-Mail datenschutz@snsb.de, oder an die Kanzlei Meincke Bienmüller Rechtsanwälte PartmbB, E-Mail kanzlei@mb-law.de, wenden.